

JENSEITS DES WACHSTUMS!?

Ökologische Gerechtigkeit.
Soziale Rechte.
Gutes Leben.

Kongress 20.-22. Mai 2011
TU Berlin



SOZIAL-ÖKOLOGISCHE RECHTE JENSEITS DES WACHSTUMS

OHNE WACHSTUM WEG VON HARTZ IV Leider gilt der Satz „Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich“ noch immer. Gleichheit aber ist der Schlüssel zu hoher Lebensqualität in jeder Gesellschaft. Worauf es deshalb ankommt, ist soziale Sicherheit. Mit einem System der privaten Anhäufung von Reichtum und Luxuskonsum ist das nicht vereinbar. Gerade, wenn man global gleiche soziale Rechte will. In einer kapitalistischen Wachstumsökonomie ist das aber nicht möglich, denn irgendjemand – die Natur, andere



Menschen – trägt die Kosten für die privaten Profitberge. Ohne Umverteilung lässt sich keine gerechte ökologische Wirtschaft verwirklichen. Wie hart der Gegenwind ist, kann man ja bereits bei der Forderung nach 10 € Mindestlohn und 500 € ALG-II-Satz sehen. Von daher ist die Konfliktlinie klar. **ROLAND KLAUTKE, AKTIONSBÜNDNIS SOZIALPROTESTE (ABSP)**

DAS PARADIGMA GLOBALER ARMUT HERAUSFORDERN Armut und Ungleichheit haben im Zuge der Finanz- und Weltwirtschaftskrise massiv zugenommen. Sie sind Ausdruck einer Wachstumsökonomie, die an sich selbst scheitert. Die Umweltkrisen betreffen ebenfalls am stärksten die armen Menschen. Es gibt einen Konflikt zwischen jenen, die eine ökologische und gerechte Wirtschaft anstreben, und jenen, die dies nicht tun. Vermögen und Ressourcen sollten



global gerecht verteilt werden. Zusammen müssen wir das dominierende Paradigma herausfordern: Stellt euch gegen die herrschenden Strukturen! Organisiert euch, unterstützt die schon bestehenden Alternativen und macht sie zum Mainstream. **MEENA RAMAN, MALAYSIA, THIRD WORLD NETWORK & FRIENDS OF THE EARTH**

SOLIDARISCH DEM ENDE DES ÖLS ENTGEGEN Die Grundlage unserer Wirtschaft geht zur Neige: Erdöl. Der Ressourcenmangel des Wachstums führt dazu, dass als Ersatz Ölsande, „Bio“-Sprit, Öl unterhalb von Regenwäldern ausgebeutet werden. Meistens sind die Kosten für Natur und Mensch noch höher als bisher – insbesondere im Süden. Wird die Öl-Knappheit zum tatsächlichen Mangel, wird es Wachstum, wie wir es kennen, nicht mehr geben. Die Veränderungen unserer Mobilität, wie wir Lebensmittel erzeugen etc. werden enorm sein. Wird diese mehr von militärischer Ressourcensicherung begleitet sein – wie im Irak und



Afghanistan –, oder schaffen wir kollektiv und solidarisch einen Umbau? Je mehr man sich mit den Alternativen einer Postwachstumsökonomie auseinandersetzt, desto größer wird das Verlangen, endlich so zu leben. **MAREN STREIBL, TRANSITION TOWN F'HAIN-KREUZBERG**

INDIGENES EIGENTUM BEWAHREN In der Geschichte Amazoniens wurden oft Rohstoffe ausgebeutet, die andere Länder für ihre Entwicklung benötigten. Die Klimakrise führt zum Verlust von Biodiversität und wirkt sich auf unseren ökologischen Kalender für das Jagen, Sammeln und den Feldbau aus. Große ökologische Probleme entstehen in Amazonien, in Ecuador, vor allem durch die Erdölförderung. Nördlich von meinem Territorium sind ganze Völker ausgestorben. Aber die Wachstumsökonomie in den Industrieländern benötigt Erdöl. Und



so werden im April dieses Jahres, obwohl wir uns jahrzehntlang gewehrt haben, für das Territorium unseres Volkes Konzessionen zur Erdölförderung vergeben. **MILTON CALLERA NACAİM, VOM VOLK DER ACHUAR AUS ECUADOR**

„Wenn der Süden eine Chance für einen eigenständigen Entwicklungspfad haben soll, dann müssen die Ökonomien des Nordens schrumpfen“, urteilte Edgardo Lander beim Weltsozialforum 2011 in Dakar. Bislang werden die Wachstumsmotoren des Nordens mit Ressourcen des Südens geschmiert: „In Afrika wird im großen Maßstab das Ackerland bäuerlicher Gemeinden enteignet. Statt Lebensmittel werden Agrokraftstoffe für Autos im Norden angebaut“, prangert Mariann Bassey (Environmental Rights Action, Nigeria) an. Aus globalisierungskritischer Perspektive ist der Ausgangspunkt für eine Alternative zum Wachstumswahn die Idee, dass alle Menschen über gleiche soziale und ökologische Rechte verfügen – in Nord und Süd. Das schließt einen gleichen Pro-Kopfverbrauch an Naturressourcen, der unterhalb der Regenerationsfähigkeit des Planeten bleibt, ein. Dem liegt die Idee eines universalistischen Egalitarismus zugrunde.

Die Wachstumsgesellschaft stößt an ihre Grenzen

Seit der Industrialisierung ist die globale Wirtschaftsleistung pro Kopf um mehr als das achtfache angewachsen. Die sozialen Widersprüche sind dadurch jedoch nicht gelöst worden. Gleichzeitig hat die Zerstörung der Umwelt katastrophale Ausmaße erreicht und die Förderung vieler Rohstoffe, z. B. Erdöl, könnte bald ihren Höhepunkt überschreiten. Zudem schwelt die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Kollaps der US-amerikanischen Bank Lehmann Brothers 2008 die Instabilität des Finanzmarktkapitalismus bewies, weiter. In den USA erhalten inzwischen 44 Mio. BürgerInnen Lebensmittelkarten; überall in der EU werden mit besonderer „Unterstützung“ der Bundesregierung Sozialkürzungspakete durchgesetzt. In vielen Fällen richten sich diese auch gegen eine soziale Infrastruktur (z. B. Öffentlicher

Personennahverkehr, ÖPNV), die für eine Postwachstumsgesellschaft unverzichtbar ist. Eine Entwaffnung der Finanzmärkte, mitsamt ihrer Wachstumsfixierung, findet hingegen nicht statt.

Nach dem Crash zeichnen sich nun zwei zukünftige Entwicklungspfade ab: einerseits eine staatsinterventionistische Variante des Neoliberalismus, bei der Spekulation staatlich abgedeckt wird und die Profite der Reichen garantiert werden. Knallharter Sozialkahlschlag und schuldenfinanziertes Wachstum sind der dazugehörige Rahmen. Andererseits eine Strömung, die auf ökologische Modernisierung setzt und einen Kurs „nachhaltigen Wachstums“ anstrebt.

Einstieg in eine solidarische Postwachstumsökonomie

An dieser historischen Gabelung kristallisiert sich zusätzlich ein neues alternatives Projekt heraus: eine solidarische Postwachstumsökonomie. Statt ein anderes Wachstum zu propagieren, möchten deren BefürworterInnen eine gerechte Gesellschaft jenseits des Wachstums denkbar machen. Es gilt neue makro-ökonomische Konzepte zu entwickeln, mit denen soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung des Reichtums ohne Wachstum möglich sind. Nur wenn soziale Sicherheit Priorität hat, lässt sich angstfrei über eine Transformation diskutieren. Arbeitszeitverkürzung würde dann nicht als ökonomische Bedrohung erscheinen, sondern als Freiheitsgewinn; eine ökologisch gerechte Lebensweise wäre kein Statusverlust, sondern eine neue Form sozialen Wohlstands. Eine solche Wachstumskritik unterscheidet sich von der rechter VordenkerInnen, die ebenfalls eine Lösung der ökologischen Krise anbieten: allerdings auf Kosten sozialer Gerechtigkeit.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen gehen bei einer Rezession auch die Staatseinnahmen und die Anzahl der Arbeitsplätze zurück. Diesen Zusammenhang von Schrumpfung und Sozialabbau möchten neokonservative WachstumskritikerInnen nicht durchbrechen, sondern öffentlich rechtfertigen. Wer die „fetten Jahre“ beenden will und die Privilegien der Eliten erhält, verordnet den Ärmsten Sozial-Buddhismus und schlemt selbst an vollen Tagungsbuffets.

Im Gegensatz dazu werden vom 20. bis 22. Mai bei dem Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ an der TU Berlin solidarische Konzepte einer Postwachstumsgesellschaft diskutiert und Einstiegsprojekte geplant. Einen Vorgeschmack darauf bieten die folgenden Seiten. ■

ALEXIS J. PASSADAKIS, MITGLIED IM KOORDINIERUNGSKREIS VON ATTAC – OLIVER POWALLA, AKTIV BEI DER VORBEREITUNG DES KONGRESSES „JENSEITS DES WACHSTUMS?!“



Our Austerity Their Prosperity – Sozialabbau für uns, Wohlstand für sie
BILD: MATTHEW WILKINSON

Wohlstand ohne Wachstum

Eine Ökonomie, die dauerhaft auf der Zunahme des materiellen Konsums basiert, ist nicht ökologisch, sondern sozial problematisch und wirtschaftlich instabil. Die Zeit ist daher reif für ein neues ökologisches Wirtschaftsmodell. Dafür ist es wichtig, neue makroökonomische Konzepte zu entwickeln, die dazu geeignet sind, sozialen Wohlstand zu fördern und ökologische Grenzen zu berücksichtigen.

Dabei vor allem auf die Steigerung der Ressourceneffizienz zu setzen, ist zweifelhaft: Denn bis zum Jahr 2050 müsste in einer Welt mit 2050 Millionen Menschen, die alle ein Einkommensniveau anstreben, das dem heutigen EU-Durchschnittseinkommen plus jährlichem zwei prozentigem Wachstum entspricht, die globale CO₂-Intensität um durchschnittlich 11 Prozent pro Jahr fallen, um das Klima zu stabilisieren. Ein solcher Rückgang wäre 16mal schneller als es seit 1990 der Fall war. Im Jahr 2050 dürfte dann nur noch sechs Gramm CO₂ pro Dollar Weltsozialprodukt ausgestoßen werden – das wäre 130mal niedriger als heute.

Die Wahrheit ist: Es gibt noch kein glaubwürdiges sozial gerechtes und ökologisches Szenario für kontinuierlich wachsende Einkommen in einer Welt mit neun Milliarden Menschen. Die

Vorstellung, dass das Streben des Kapitalismus nach mehr Effizienz uns erlauben wird, das Klima zu stabilisieren, und uns gegen Ressourcenknappheit schützt, ist eine pure Illusion.

Diejenigen, die die Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch als einen Fluchweg aus dem Dilemma der Wachstumsfalle betrachten, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, den Blick vor der historischen Realität und der grundlegenden Arithmetik des Wachstums zu verschließen.

Für ein neues ökonomisches Modell sind Investitionen eine der wichtigsten Stellschrauben. Aber der Charakter der Investitionen wird sich ändern müssen. Statt wie traditionellerweise vor allem auf Produktivitätssteigerung abzielen, werden sie auf eine ökologische Transformation ausgerichtet. Die Produktivität von Kapital wird daher wahrscheinlich fallen, die Gewinne werden geringer sein und sich erst nach einer längeren Zeitspanne einstellen. Viele für den Umweltschutz notwendige Investitionen werden überhaupt keine finanziellen Profite erzeugen: Profitabilität – im traditionellen Sinn – wird vermindert. In einer auf Wachstum begründeten Wirtschaft wäre diese Entwicklung zutiefst problematisch. In einer Ökonomie, die auf neue Formen sozialen Wohlstands orientiert, spielt das jedoch keine Rolle.



TIM JACKSON, PROFESSOR FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG AN DER UNIVERSITÄT VON SURREY UND AUTOR VON „WOHLSTAND OHNE WACHSTUM?“ (2011)

Degrowth-Bewegung trifft Gewerkschaften

Matthias Schmelzer (Attac) und Sabine Reiner (ver.di) diskutieren über linke Politik und die Perspektiven einer sozial-ökologischen Transformation.

Welche Bedeutung hat wirtschaftliches Wachstum in den Kämpfen der Gewerkschaften?

MS: Wirtschaftswachstum war immer eine Kernforderung der Gewerkschaften, weil vermeintlich alle mehr bekommen, wenn es mehr zu verteilen gibt. Doch trotz Wachstumspolitik und Exportweltmeisterschaft erleben wir eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft, dazu kommen katastrophale Umweltkrisen. Weiteres Wachstum würde diese Probleme noch verschärfen.

SR: Gewerkschaften fordern nicht abstrakt Wachstum, sondern gerechte Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und genug qualitative hochwertige öffentliche Leistungen für alle. Wachstum ist allenfalls eine Folge dieser Kämpfe, nicht das Ziel.

Vor welcher Herausforderung steht linke Politik angesichts des Klimawandels und endlicher Ressourcen?

MS: Abnehmende Wachstumsraten, das baldige Ende des Öls und die Umweltkrisen zeigen: Es ist nicht nur fraglich, ob weiteres Wachstum – auch so genanntes grünes oder soziales Wachstum – möglich, sondern auch, ob es moralisch vertretbar ist. Die Ökonomien des Nordens müssen bis 2050 ihren CO₂-Ausstoß um 95% reduzieren – eine derart umfangreiche Entkopplung von Wachstum und CO₂ ist unmöglich. Eine der Schlüsselaufgaben linker Politik ist es daher, Kämpfe für gerechte Übergänge zur Postwachstumsökonomie zu organisieren.

SR: Man sollte aber nicht unterstellen, dass alle, die sich nicht vorseilend von Wachstum distanzieren, Betonkopffideologen sind. In den Bereichen Kinderbetreuung, Schule und Pflege

gibt es große Probleme. Ich will, dass für diese Bereiche zusätzlich mindestens 50 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung stehen, wodurch das BIP um zwei Prozent steigen würde. Begleitend muss sich linke Politik aber mehr als bisher in den ökologischen Umbau einmischen.

Lassen sich Probleme wie Ungleichheit und Arbeitslosigkeit in einer nicht wachsenden Gesellschaft lösen?

SR: Die Dinge liegen doch eher so: Wenn ich soziale Probleme wie Einkommensungleichheit und Arbeitslosigkeit gelöst habe, wird Wachstum zum Nebenaspekt.

MS: Die Erfahrung zeigt jedoch, dass sich diese Probleme durch Wachstum – vor allem global – eben nicht lösen lassen. Wachstum produziert Ungleichheit und ökologische Ungerechtigkeit. Es ist kein Nebenaspekt, sondern ein Problem.

Welche Transformationsprojekte könnten Gewerkschaften und Degrowth-Bewegung verbinden?

MS: Ein gemeinsames Einstiegsprojekt könnte eine radikale Arbeitszeitverkürzung sein. Dadurch könnten mehr Zeitwohlstand und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ohne dass weiteres Wachstum voraussetzen wäre.

SR: Sinnvoll wäre eher eine Verständigung darüber, welche Bereiche aus ökologischen Gründen schrumpfen und welche aus denselben Gründen (Wärmedämmung, regenerative Energie, ÖPNV) wachsen müssten.

MS: Beide Projekte ergänzen sich. Wir sollten weiter diskutieren, wie sich diese Projekte verbinden lassen. ■

(DISKUSSIONSLEITUNG: OLIVER POWALLA)

Der Preis des Wachstums

Bei ihrer Regierungserklärung im November 2009 ist sich Bundeskanzlerin Merkel ihrer Sache sicher: „Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen.“ Ist aber die Unterstützung armer Bevölkerungsgruppen tatsächlich das Motiv für die Ankurbelung des Wachstums? Wohl kaum. Während der Boomphase vor der Weltwirtschaftskrise hat die soziale Spaltung in der Bundesrepublik schließlich zugenommen wie nie zuvor.

Warum Ökonomien wachsen (sollen), ist eine durchaus umstrittene Frage. Einige benennen Bevölkerungswachstum als Ursache, andere entdecken das Laster Gier. Ersteres ist wenig plausibel, da in Deutschland die Bevölkerung seit einigen Jahren leicht schrumpft und es währenddessen mal zu Wachstumseinbrüchen von 5 Prozent, mal zu Wachstumssprüngen um 3 Prozent kommt.

Menschliche Gier gibt es vermutlich schon sehr lange, ohne dass es historisch zu hohen Wachstumsraten kam, wie wir sie kennen. Bis vor 250 Jahren nämlich betrug diese ca. 0,05 Prozent pro Jahr. Weit entfernt von den ein, zwei, drei oder mehr Prozentpunkten, wie sie heute erreicht werden können. Derart hohe Wachstumsraten waren erst mit dem Beginn der industriellen Revolution möglich, als sich das kapitalistische Konzept der

Investition zum Zweck der Geldvermehrung durchsetze. Profit wurde zum Motor der Ökonomie. Die Konkurrenz der Unternehmen untereinander tut ihr Übriges hinzu. Denn wer über längere Frist keine Gewinne erzielt und somit kein Wachstum vorweisen kann, verschwindet vom Markt. Der Profitzwang der vielen einzelnen InvestorInnen führt zu einem Wachstumsdruck für die gesamte Wirtschaft. Zweimal im Jahr präsentiert das Statistische Bundesamt die neuen Wachstumswahlen: berechnet als das Bruttosozialprodukt (BIP), der Summe aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr innerhalb der deutschen Landesgrenzen hergestellt werden.

Das BIP ist allerdings nicht das einzige, was wächst, auch der Naturverbrauch nimmt zu. Denn ohne die Nutzung von Naturressourcen ist keine Produktion möglich. Bei einer Wirtschaftsweise, die auf fossilen und mineralischen Rohstoffen beruht, ist es allerdings unvermeidlich, dass erstens Abfälle entstehen, und zweitens endliche Ressourcen nach und nach erschöpft werden. Die perfekte Kreislaufwirtschaft gibt es bei dieser Produktionsweise nicht. Wer die ökologischen Grenzen ernst nimmt, kommt wohl nicht umhin Sand ins Getriebe der Profitakkumulation zu streuen. ■

MAX BANK & KATHRIN HENNEBERGER, BEIDE AKTIV IM KOORDINIERUNGSKREIS VON ATTAC

Kein Wachstum mehr im Norden

In den vergangenen 30 Jahren war Wachstum der Maßstab für den Erfolg von „Entwicklung“. Trotz unzähliger Pleiten haben die WachstumsfetischistInnen einfach immer neue Vokabeln erfunden, um ihre Theorie anzupassen: nachhaltiges Wachstum, armutsorientiertes Wachstum, frauenzentriertes Wachstum und zuletzt grünes Wachstum. Aber egal wie geschickt es maskiert wird, das Ergebnis ist immer das Gleiche: wirtschaftspolitische Rezepte, um die Profite zu maximieren, indem der Preis von Arbeit niedrig gehalten und Konzernen ein Freibrief dafür gegeben wird, die Natur auszubeuten und zu verkaufen, so als ob es kein Morgen gäbe.

Die Regierungen des Südens haben sich dem Wachstumsmythos angepasst – entweder bereitwillig oder weil sie keine Wahl hatten. Wachstum ist zurzeit das einzige „Entwicklungs“-Konzept. Wenn wir allerdings das völlige Versagen von „Entwicklung“ betrachten, die unsichtbare Mehrheit zu ernähren, bekleiden, behausen und zu bilden, dann hat der Begriff jeden praktischen Inhalt verloren. In Anbetracht kollabierender Ökosysteme, Bodenerosion, Klimachaos und endlichen fossilen Ressourcen ist außerdem mehr vom selben – selbst, wenn es „grün“ ist – eine Form kollektiven Selbstmords.

Und Vorsicht vor „nachhaltigem Wachstum“: Nachhaltigkeit geht davon aus, dass es etwas zu erhalten gibt. In vielen Teilen der Welt sind wir über diesen Punkt hinaus: Gesellschaften und Natur stecken in tiefen Krisen. Regenerierung ist die einzige Option.

Dies aber setzt eine Postwachstumsökonomie im Norden und eine Neudefinition von „Entwicklung“ voraus. Bis jetzt wurde „Entwicklung“ als



Dhobi ghats ist ein Slumviertel in Mumbai und die größte Wäscherei unter freiem Himmel.
BILD: KARA NEWHOUSE

wirtschaftlicher Fortschritt hin zu Modernität und Wohlstand durch Industrialisierung und Kapitalakkumulation verstanden. Westliche philosophische Ideen spielen hier eine Rolle, die Grundlage aber ist eine ungerechte und destruktive internationale Arbeitsteilung.

Angesichts der Krise des Entwicklungsmodells brauchen wir eine andere Vision. Drei Herausforderungen möchte ich hervorheben. Erstens: Das bisherige Verständnis von „Entwicklung“ ist schlicht falsch. Gesellschaft und Natur können nicht separat betrachtet werden. Ebenso wenig die Ökonomie getrennt von ihrer materiellen Produktionsbasis, eben der Natur. Wachstum ist nicht länger möglich.

Zweitens: Die Biosphäre ist bereits derart geplündert und fragil, dass Natúrausbeutung zur privaten Anhäufung von Reichtum gestoppt werden muss. Es ist Zeit über Regenerierung und Wiederherstellung von Natur zu sprechen.

Drittens: Die internationale politökonomische Ordnung steht den sozialen und ökologischen Rechten von Menschen und der Natur entgegen und muss transformiert werden.

Eine Hoffnung für eine Veränderung des Systems ist die stärker werdende Bewegung für Umweltgerechtigkeit. Sie verknüpft die soziale mit der ökologischen Frage. Sie artikuliert die Stimmen der Gruppen, die an den Frontlinien der ökologischen und sozialen Krise Widerstand leisten und kämpfen. Und: Sie bringt neue Ideen hervor, wie die Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft aussehen können. ■

NICOLA BULLARD, FOCUS ON THE GLOBAL SOUTH & WWW.CLIMATE-JUSTICE-NOW.ORG

Gleichberechtigung und Respekt vor Mutter Erde – Ein bolivianisches Konzept des Guten Lebens

Elisa Vega ist Mitglied der bolivianischen Bäuerinnenorganisation Bartolina Sisa und Leiterin der Abteilung für Depatriarchalisierung im Vizeministerium für Dekolonialisierung, Ministerium für Kulturen, Bolivien. Sie wuchs in einer indigenen Gemeinschaft auf und war das einzige Mädchen aus ihrem Dorf, das studieren durfte. Nach ihrer medizinischen Ausbildung in La Paz unterrichtete sie, zurück im Dorf, insbesondere Frauen. 2007 wurde sie in die verfassungsgebende Versammlung Boliviens gewählt. Sie arbeitete entscheidend daran mit, Artikel für die gleichberechtigte Anerkennung von Frauen in der neuen Verfassung zu verankern. Das Konzept des Buen Vivir, des guten Lebens, ist Grundlage der Verfassung.

Was ist der Kern des Konzeptes des guten Lebens?

VEGA: Es gibt kein gutes Leben („vivre bien“) ohne Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern und ohne Respekt vor Mutter Erde („tierra madre“). Buen Vivir und Dekonstruktion des Patriarchats, das sind die zwei Seiten derselben Medaille des Kampfes gegen die spanische Kolonialisierung und für die Wiederaneignung unserer indigenen Traditionen. Der bolivianische Staat ist immer noch ein kolonialer und patriarchaler Staat: Wir arbeiten daran, das zu verändern. Buen Vivir ist eng verknüpft mit dem Schutz unserer kranken Mutter Erde. Wenn es keinen Respekt vor Mutter Erde gibt, werden unsere Lebensgrundlagen zerstört, dann gibt es kein gutes Leben, sondern Krankheiten, Krebs, Klimawandel.

Welche Umweltprobleme gibt es in Bolivien?

VEGA: Bodenschätze werden bei uns rücksichtslos ausgebeutet und der Holzeinschlag ist sehr hoch. Dieser Raubbau dient der Wirtschaft, doch er verschmutzt die Flüsse und zerstört die Fruchtbarkeit der Erde – die indigene Bevölkerung leidet darunter am meisten. Der Abbau von Bodenschätzen und Rohstoffen wird mehrheitlich von ausländischen Konzernen betrieben, die schon lange im Land sind. Dieses Problem betrifft nicht nur Bolivien, sondern ganz Südamerika, weil es hier noch immer sehr viele Ressourcen gibt.

Inwiefern hängt diese Ausbeutung der Ressourcen mit dem Wirtschaftswachstum der Länder im globalen Norden zusammen?

VEGA: Die Länder des Nordens sprechen von Entwicklung, während die ärmsten Länder am stärksten vom Klimawandel betroffen sind. Und innerhalb dieser Länder sind wiederum die indigenen Gemeinschaften am meisten betroffen, denn sie leben am weitesten von den urbanen Zentren entfernt – genau dort, wo die Ausbeutung der Rohstoffe stattfindet.

Ist das Recht auf ein gutes Leben in Bolivien verbunden mit der Bewegung für Décroissance im globalen Norden?

VEGA: Ja, klar. Denn wir müssen hier mit den Kosten für die Ausbeutung der Natur leben – wir bleiben zurück mit verschmutzten Böden, verdreckten Flüssen und gerodeten Wäldern. ■

INTERVIEW: ADELE BOUVATTIER (ÜBERSETZUNG) & ANDREA VETTER

Imperiale Lebensweise in grün: Holz aus Afrika für warme Stuben in Berlin

Holzfeuer machen – das ist mehr als ein Grill- oder Kindervergnügen: In vorindustriellen Gesellschaften war Holz die wichtigste Energiequelle. Industrielles Wachstum war auf dieser Basis jedoch nicht möglich. Der dramatisch erhöhte Energieverbrauch des Industriezeitalters speiste sich aus der Nutzung fossiler Treibstoffe: anfangs Kohle, später auch Öl, Gas und Uran. Bis heute bilden diese Stoffe die energetische Basis der „imperialen Lebensweise“. Im Alltag der Bevölkerungsmehrheit ist ein hoher Energie- und Ressourcenverbrauch selbstverständlich geworden. Diese Lebensweise ist jedoch nicht verallgemeinerbar und ungerecht, denn sie ist nur durch den ständigen Zugriff auf Rohstoffe, Arbeitsvermögen und ökologische Senken in anderen Teilen der Welt aufrecht zu erhalten – ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Verluste.

Die Energiewirtschaft hat nun aber ein Problem: Ihre nuklear-fossilen Projekte kommen nicht mehr gut an. Daher besinnen sich Energiekonzerne für einen kleinen Teil ihres Geschäfts auf das Holzfeuer zurück. So wird der schwedische Energiegigant Vattenfall in seinen Berliner Kraftwerken zukünftig vermehrt Biomasse in Form von Holzhackschnitzeln verbrennen. Auf seiner Website preist das Unternehmen dies als klimaneutral und nachhaltig an. Der größte Teil des Holzes soll allerdings nicht aus dem Großraum Berlin kommen, sondern aus Übersee, zum Beispiel aus Liberia. Dieses westafrikanische Land hat keine eigene funktionierende Energieversorgung – es herrscht

verbreitet Energiearmut. Die Menschen sind auf Holzkohle und Dieselgeneratoren angewiesen. Oft gibt es selbst für dringende lokale Bedürfnisse gar keinen Strom. Im Land stehen riesige Kautschukplantagen und aus diesen Beständen verschifft Vattenfall nun zunächst 5 Jahre lang je 200.000 Tonnen Holz pro Jahr nach Berlin. Zukünftig sollen es noch mehr werden. Eine stoffliche Nutzung des Holzes in Afrika oder seine Verwendung zur heimischen Energieproduktion in Liberia wäre natürlich sinnvoller. Doch dazu fehlt es an Geld.

Für Vattenfall ist die Energiearmut in Liberia kein Thema. Aufgabe des Konzerns ist schließlich die Befuerung der Wachstumswirtschaft in Europa und die Erwirtschaftung



Attac bei den Protesten zum Weltklimagipfel in Kopenhagen 2009

einer Rendite von 15 Prozent. Mit dem Einsatz der Biomasse aus Übersee droht daher eine Fortsetzung der imperialen Lebensweise „in grün“. ■

PETER FUCHS, POWER SHIFT

VIDEO UND BROSCHÜRE ZUM THEMA: WWW.POWER-SHIFT.DE

Einstiegsprojekte in eine Postwachstumsgesellschaft

WENIGER UND ANDERS ARBEITEN

Wie wäre es, nur 20 Stunden pro Woche zu arbeiten? Eine radikale Arbeitszeitverkürzung ist ein zentrales Projekt auf dem Weg zu einer solidarischen Postwachstumsökonomie. Denn um die ökologischen Grenzen des Wirtschaftens zu berücksichtigen, müssen weniger Güter produziert werden. Dafür ist es notwendig, das Gesamtvolumen an geleisteter Lohnarbeit in einer Volkswirtschaft zu reduzieren. Wenn man davon ausgeht, dass die Produktivität pro Arbeitsstunde weiter wie bisher ansteigt, muss daher die Absenkung der Arbeitszeit höher ausfallen als dieser Zugewinn an Produktivität.

In einer Postwachstumsgesellschaft geht es gerade nicht darum, mehr Arbeitsbereiche – wie bei Modellen „qualitativen Wachstums“ im Dienstleistungssektor – in eine marktförmige Verwertungslogik zu zwingen, sondern

so viele Lebensbereiche wie möglich außerhalb dieser Logik zu organisieren. Damit wird es auch möglich, gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten, wie Erziehung, Pflege, politische und künstlerische Betätigung, geschlechtergerecht umzuverteilen.

Eine solche Arbeitszeitverkürzung ist jedoch nur dann sozial gerecht, wenn die Teilhabe für alle Menschen, insbesondere Geringverdienende, gewährleistet ist – sei es über ein Grundeinkommen, einen hohen Mindestlohn und/oder eine steuerfinanzierte und für den einzelnen kostenfreie Versorgung mit Grundgütern wie Gesundheitsfürsorge und Mobilität. Eine solche Politik wird auf Widerstand von Unternehmen und Regierungen stoßen – es braucht breite gesellschaftliche Bündnisse, um sie zu erkämpfen. **E**

ANDREA VETTER, ATTAC-GENDER-AG

ENERGIEDEMOKRATIE STATT FOSSIL-ATOMARER PROFITWAHN

Der Energiesektor ist in Bewegung, das Privatisierungsdogma aufgebrochen. Plötzlich wollen viele Gemeinden wieder eine Versorgung in öffentlicher Hand. Das mit Abstand bundesweit größte Vorhaben ist das im Juni in Hamburg stattfindende Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“. Hier sollen die Strom-, Gas- sowie Wärmenetze und sogar die Fernwärmeerzeugung den Energiekonzernen Vattenfall und E.ON abgenommen werden. Was die Initiative dabei auszeichnet: Diskutiert wird auch über die demokratische Kontrolle der Energiewirtschaft durch die BürgerInnen.

Was hat das mit der Wachstumsfrage zu tun? Die Klimakrise und die Endlichkeit von Energie-Rohstoffen machen eine Ökonomie jenseits des Wachstums notwendig. Daraus folgt ein weitreichender Umbau des Weltenergie-

systems entlang ökologischer Grenzen – weg von Kohle, Öl, Uran und Gas. Das Ergebnis wäre, dass nicht nur auf erneuerbare Energien umgestellt, sondern gleichzeitig auch das Produktionsniveau insgesamt abgesenkt wird. Mit der Konzernmacht, der Wachstums- und privaten Profitlogik muss daher gebrochen werden. Die Umverteilung des Eigentums von den Konzernen in öffentliche Hände ist dabei ein erster Schritt, reicht aber nicht aus: Das Konzept einer ökologischen und sozial gerechten Energieversorgung durchzusetzen und zu sichern, funktioniert nur über eine direkte demokratische Kontrolle durch die Bevölkerung. Wenn der Bürgerhaushalt in Porto Alegre oder der Energieversorger SMUD in Sacramento (www.smud.org) dabei Modell stehen, dann ist die demokratische Energie- wende zu schaffen. **E**

ROMAN DENTER, ATTAC-AG ENERGIE, KLIMA, UMWELT

NAHVERKEHR UMSONST

Die Fakten sind bekannt: Jedes Jahr sterben mehrere tausend Menschen im Straßenverkehr. Der Auto- und Lkw-Verkehr verschärft mit fast 20 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes die Klimakrise. In den Städten schädigen Verkehrsemissionen die Gesundheit, und auf dem Land wird, wer über kein Auto verfügt, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.

Hier zeigt sich auch soziale Ungleichheit: Zu den Verkehrstoten zählen meistens diejenigen, die nicht im Auto saßen. Unter Abgas und Lärm leidet, wer sich keine gehobene Wohnlage leisten kann. Und der Klimawandel trifft vor allem die ärmsten Teile der Weltbevölkerung.

Politik und Konzerne wollen diese Probleme mit einem Mehr an Wachstum lösen: Man setzt auf Pseudolösungen von der „Umweltprämie“ über „Biosprit“ bis zum Hybridantrieb.

SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

Die herrschende Agrarpolitik spielt dem Agribusiness in die Hände. Die dringend nötige Umstellung auf eine ökologische Landwirtschaft durch „Marktsignale“ kommt kaum voran. Der Solilandbau ersetzt den Markt durch ein menschenwürdiges Umgehen miteinander.

Beim Solilandbau übernimmt eine Gruppe von Menschen (meist aus der Stadt) langfristige Verantwortung für einen Hof, finanziert ihn jeweils für ein Jahr im Voraus, trägt das wirtschaftliche Risiko und erhält dafür die erzeugten Lebensmittel. Solilandbau ist eine Form des bäuerlichen Ökolandbaus: Artenvielfalt, Böden, Gewässer und Klima werden erhalten. Die Solidarhöfe bieten der Hofgruppe Ernährungssouveränität: Sie wird unabhängig von Märkten, Banken und Agrarkonzernen.

Weltweit soll der individuelle Autoverkehr zunehmen, obwohl er schon jetzt ökologisch untragbar ist. Diese kurzsichtige Wachstumslogik des Kapitalismus ist nicht nur für den Klimawandel verantwortlich: Ergebnis dieser Wirtschaft sind auch die Zunahme des Welt Hungers, das Schwinden der Artenvielfalt, die Erschöpfung natürlicher Ressourcen.

Überall in Deutschland arbeiten Einzelpersonen und Initiativen an Gegenentwürfen zur Auto-Mobilität, in Berlin zum Beispiel die Kampagne „Berlin fährt frei“. Ihr Ziel: die Schaffung eines unentgeltlichen Öffentlichen Nahverkehrs, der das Klima schützt, demokratisch verwaltet wird und sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. So kann das Recht auf Mobilität für alle Wirklichkeit werden. **E**

FELS (FÜR EINE LINKE STRÖMUNG)

In den 1970er Jahren in Japan entstanden, erfolgte in den USA der Durchbruch der „community supported agriculture“ (CSA) in den 90er Jahren. Der erste Solihof in Frankreich entstand 2001 aus der Zusammenarbeit eines Bauern bei Aubagne mit der dortigen Attac-Gruppe. Seitdem haben sich diese Höfe in Frankreich wie ein Lauffeuer verbreitet, auch mit Hilfe von Attac. In Deutschland existieren 17 solche Gemeinschaftshöfe – und seit Februar 2011 das „Netzwerk Solidarische Landwirtschaft“.

Der Solilandbau gibt den Höfen die Möglichkeit, den Zwang zum „Wachsen oder Weichen“ zu überwinden. Das ist ein wichtiger Schritt zu einer Wirtschaft jenseits des Wachstums. **E**

ROLF KÜNNEMANN, FIAN INTERNATIONAL

DER KONGRESS

WAS WÜRD PASSIEREN, WENN JEDER MENSCH AUF DIESEM PLANETEN EIN AUTO FAHREN WÜRD?

Die Frage, woher die Energie für die ressourcenintensive Lebens- und Wirtschaftsweise der Industrieländer kommen soll, wird durch die Ereignisse des vergangenen und laufenden Jahres in aller Deutlichkeit klar: Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, Atomkatastrophe in Fukushima, Klimakatastrophe durch abtauende Gletscher, Stürme, Fluten, Dürren. Was ist die Alternative?

WANN IST WACHSTUMSKRITIK SOZIAL GERECHT?

Weniger ist mehr. Das gilt für Umweltverschmutzung, Fluglärm, Bodenerosion, CO₂-Emissionen, chemischen Dünger, Fleischkonsum, Atomkraftwerke und auch für das dritte Handy. Das gilt nicht für den berechtigten Wunsch aller Menschen nach Teilhabe am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand. Wie kann Umverteilung ohne Wachstum funktionieren?

KANN MAN EIN GUTES LEBEN MESSEN?

Im Bundestag überlegt sich aktuell die Enquete-Kommission zu „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ Möglichkeiten, um das Brutto-Inlands-Produkt (BIP), mit dem das Wirtschaftswachstum gemessen wird, durch andere Indikatoren zu ergänzen. Doch wer bestimmt überhaupt, was ein gutes Leben ausmacht?

Diese und viele andere Fragen werden vom 20.-22. Mai 2011 diskutiert – mit über 100 ReferentInnen auf 23 Podien, in 13 Überblickskursen, über 40 Workshops und rund 20 künstlerischen Interventionen.

www.jenseits-des-wachstums.de

Fr, 20. Mai, 16 Uhr
bis
So, 22. Mai, 14 Uhr
Technische Universität Berlin

Ein Kongress von Attac in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und unterstützt von über 40 Organisationen aus dem gewerkschaftlichen, globalisierungskritischen, entwicklungs- und umweltpolitischen Spektrum.

Büchertipps

M. Schmelzer/A. Passadakis: *Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*, 2011, 6,50 €

Eine hervorragende Einführung in die Wachstumskritik und die zukunftsweisenden Konzepte der Degrowth-Bewegung.

Luxemburg: *Gerechte Übergänge*, 1/2011, 10 €

Wohin mit der Wachstumskritik fragt die Zeitschrift Luxemburg in ihrer aktuellen Ausgabe und begibt sich auf die Suche nach mehrheitsfähigen Übergangsstrategien hin zu einer Postwachstumsgesellschaft. WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Tim Jackson: *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, 2011, 22,95 €

Der britische Ökonom widerlegt die weit verbreitete Vorstellung, dass sich Wachstum und CO₂-Verbrauch entkoppeln lassen.

IMPRESSUM:

REDAKTION: Oliver Powalla, Kathrin Henneberger, Alexis J. Passadakis, Belinda Bindig
V.I.S.D.P.: Alexis J. Passadakis, Attac Bundesbüro, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main
LAYOUT: Herr Müller

